Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat August 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27931, 27932, 27933. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 181 — Mittwoch, 5. August 1925 — XXXIII. Jahrg.

Briand besucht Chamberlain

Konferenz in London am Mittwoch — Verspätete Maßnahmen der Regierung in Schneidemühl — Letzte Vermittlungsversuche in der Frage des Finanzausgleichs

Die Zukunft der deutschen Universitäten

Von einem deutschen Hochschullehrer

Von einem der bekanntesten deutschen Universitätsprofessoren geben uns die nachstehenden Ausführungen zu, die sich zwar zunächst mit einer Rede des preußischen Unterrichtsministers beschäftigen, aber durch ihre breite programmatische Basis überall in Deutschland auf das lebhafteste Interesse stoßen dürften. D. Red.

I.

Auf der schleswig-holsteinischen Universitätstagung in Altona hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Herr Universitätsprofessor Dr. Karl Becker, einen Vortrag über „Die Stellung der Hochschule im Aufbau des deutschen Bildungswesens" gehalten. Ueber ihn zu berichten und an ihn anzuknüpfen, ist lohnend. Schon die Person des Redners verlangt Beachtung. Einmal kann es wahrlich nicht gleichgültig sein, zu erfahren, was der Hochschulminister des weitaus größten deutschen Landes über diese Dinge denkt. Und zum zweiten ist Becker mehr als ein tüchtiger Durchschnittsminister und guter Verwaltungschef. Er hat als einer der führenden Orientalisten Deutschlands einen großen wissenschaftlichen Namen in die Wagschale zu werfen; er kommt aus der Schicht der jetzt von ihm „Regierten", hat also größere Sachkunde als üblich, und vor allem ist er ein kluger Kopf mit eigenen Ideen und mit hochschulpolitisch fortschrittlichen Gedanken. Endlich darf nicht verkannt werden, daß Becker, wie immer man auch zu seiner amtlichen Gesamtpersönlichkeit und seinen Plänen stehen mag, bewiesen hat, daß ihm das Wohl der Hochschulen und ihrer Lehrer warm am Herzen liegt und daß er es (als Staatssekretär und als Minister) verstanden hat, ihre bevorzugte Sonderart im Gesamtorganismus des Staates auch in den dem Umsturz folgenden Zeiten unreifen und radikalen Experimentierens zu erhalten.

Wer das Wirken des Ministers und sein gesamtpolitisches Verhalten unbefangen prüft, hat den Eindruck, als strebe er, der den Demokraten nahesteht, ohne ihnen formell anzugehören, nach einer Art preußischen „Geßler"tums, um gleich dem Reichswehrminister, unabhängig von der jeweiligen Parteikoalition, Fachminister zu sein. Doch sei dem, wie ihm wolle, die Persönlichkeit Beckers verdient es jedenfalls, daß man aufmerksam prüft, was er uns zu sagen hat. Seine Rede behandelt das Verhältnis von höherer Schule zur Universität (I), die Bewertung der verschiedenen Hochschultypen (II) und die Wesensveränderung der Universitäten (III).

I. Volksschule, höhere Schule, Universität. Auch wer diesen äußeren Aufbau nicht philosophisch-systematisch (wonach er völlig nichtssagend ist), sondern nur organisatorisch-praktisch betrachtet, steht vor der Kernfrage: Soll die höhere Schule ihr Gesetz von der Universität oder diese es von der höheren Schule empfangen? Das Problem liegt klar zugunsten der Universität, solange die höhere Schule nur Vorschule für die Universität war, solange der Abiturient der höheren Schule in der Regel zur Universität ging. Daß dem nicht mehr so ist, erweist unwiderleglich die Statistik. Scheiden wir auch alle diejenigen aus, die eine höhere Schule ohne Reifeprüfung verlassen, also mit einer nicht abgeschlossenen höheren Schulbildung ins Leben treten, so bleibt das Verhältnis noch immer wie 1:1. Das heißt, die Hälfte aller Abiturienten höherer Schulen geht nicht auf die Hochschule, sondern sofort ins praktische Leben.

Es ist leicht einzusehen, daß sich diese Zahlen in Zukunft noch zuungunsten der Hochschule verschieben werden, sei es, weil die Verarmung weitester Kreise zu schnellem Erwerb drängt, sei es, weil die Zahl derer abnehmen wird, die eine höhere Schule besuchen, aber ohne Reifeprüfung verlassen, weil die „geknickte Sekundanerbildung" als eine ziemlich wertlose Halbheit auch von den erwerbstätigen Kreisen unsres Volkes immer mehr abgelehnt wird. Hiernach ist es unmöglich, die höhere Schule nur noch unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung für die Hochschule zu sehen, und es ist daher ungerechtfertigt, ihr diesen Zuschnitt zu belassen. Vielmehr erfüllt die höhere Schule heutigentags und auf die Dauer immer mehr die Funktion, die früher der Universität zufiel, die gebildete Führerschicht des Lebens zu stellen. Die Hochschulbildung bildet nicht mehr den Mittelpunkt, sondern nur noch den Höhepunkt unsres Bildungswesens. Mit dem Anwachsen der Bildungsschicht ist eine organische Einheit unsrer Volksbildung möglich geworden, von der früher keine Rede sein konnte, — Volksschule und Universität werden in Zukunft dadurch verbunden sein, daß der künftige Volksschullehrer die höhere Schule absolviert, dadurch Universitätsreife erhält und dann auf pädagogischen Akademien die Fähigkeit erlangt, die höhere Bildung in Volksbildung umzusetzen. So wird das vielumstrittene Problem der Einheitsschule von innen heraus gelöst, und es verbleiben der Hochschule danach als Sonderaufgabe die gelehrte Fachausbildung und die reine Forschung. Für die breite Schicht der Gebildeten ist das höhere Bildungswesen von der Hochschule unabhängig; Gesamtbildung und speziell wissenschaftliche oder, kurz formuliert, Bildung und Wissenschaft entwickeln sich nach sich wohl überschneidenden, aber doch gesonderten Gesetzen, was früher, wenigstens nach der in Deutschland üblichen Auffassung, nicht der Fall war.

II. Ueberblickt man nun die Fülle unsrer Hochschultypen, so stehen den Universitäten zunächst die Technischen Hochschulen und dann die andern Fachhochschulen für Landwirtschaft, Tierarzneikunde, Handel usw. gegenüber. Die Universitäten vertreten den Technischen und Fachhochschulen gegenüber den allgemeineren Gesichtspunkt, in der Praxis sind sie aber zumeist nur zusammengelegte Fachhochschulen für Theologen, Juristen, Mediziner, Philologen und andre Berufe. Die Zusammenlegung oder Trennung der Fachgebiete ist zumeist nur historisch bedingt. Es gibt Landwirtschaftliche und Handelshochschulen getrennt und vereint mit Universitäten. Auch beherrscht selbst die Universität kein einheitliches Gesetz; dem historisch-philologischen Denken steht ein biologisch-medizinisches und ein mathematisches Denken gegenüber. Das wirtschaftliche und das davon grundverschiedene technische Denken scheint zunächst universitätsfremd, und doch ist es im Ausland und zum Teil auch in Deutschland auch auf den Universitäten heimisch. Die bisherige Trennung zwischen den Universitäten und den Technischen und andern Fachhochschulen ist ebenfalls nur historisch, nicht aus dem Wesen der Aufgabe zu erklären. Philosophisch, d. h. wissenschaftlich kann überall gedacht werden, doch ist es natürlich leichter, da rein theoretisch zu denken, wo die praktische Aufgabe des Lebens nicht ausschließlich die Situation beherrscht.

III. Diese praktischen Aufgaben nötigen, bei der Fülle des Stoffes den Fachschulcharakter bei der Ausbildung zu betonen. Die reinen Bildungs- und Forschungsaufgaben treten dahinter zurück. Für Lehrer und Schüler wird Lehren und Lernen meist zur Hauptsache. Unsre Hochschulen haben dadurch zum Teil die Funktion höchster Schulen übernommen. Die Forderung einer Ueberuniversität taucht auf, das Problem der Postgraduates. Berechtigt daran ist die nicht mehr zeitgemäße Isolierung von Hochschule, wissenschaftlichen Akademien, reinen Forschungsanstalten, Bibliotheken, Archiven, Sammlungen und Museen. Sie haben sich zum Teil nach eigenen Gesetzen entwickelt, und die Universitäten sind in Gefahr, im Kreis aller dieser Forschungs- und Bildungsstätten in den Hintergrund zu treten und zu reinen Fachschulen zu werden. Das Problem drängt nach einer Lösung. In Ungarn hat man z. B. Bibliotheken, Archive und Museen zu einer autonomen Organisation unter der Bezeichnung „Universität der öffentlichen Sammlungen" zusammengeschlossen. Bei uns sind die Kaiser Wilhelm-Institute, so groß ihr Segen für die reine Forschung ist, doch auch eine Gefahr für die Stellung der Universitäten. Ueber dem allzustarken Respekt vor den historischen Formen unsrer Universitäten sollte deshalb nicht übersehen werden, daß ihre Funktion im Bildungswesen der Nation im Laufe der Zeit eine andre geworden ist, und daß — ganz abgesehen von der grundsätzlich-philosophischen Betrachtung — rein organisatorische Probleme aufgetaucht sind, denen man im Interesse einer zeitgemäßen Weiterentwicklung der letzten Aufgaben unsrer Universitäten unerschrocken ins Auge sehen sollte.

Das umworbene Zentrum

B. Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht)

Regierung und Regierungsparteien scheinen in der Tat ernstlich gewillt zu sein, den Abschluß der Reichstagsverhandlungen möglichst schon am Vorabend des Verfassungstages durchzusetzen. Reichskanzler Dr. Luther hatte noch gestern nach der Plenarsitzung die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien zu sich gebeten, um mit ihnen über die parlamentarische Durchbringung des Zollgesetzes zu sprechen. Die beteiligten Kreise sind eifrig bemüht, die letzten Bedenken des Zentrums gegen dieses Gesetz wegzuräumen. Um das zu erreichen, will die Regierung, wie bereits gestern angedeutet wurde, entweder Brot und Fleisch von der Umsatzsteuer frei lassen oder eine weitere allgemeine Ermäßigung dieser Steuer auf 1 Prozent eintreten lassen. Die Beratungen über diesen Fragenkomplex waren gestern noch nicht abgeschlossen. Führen sie zu einem Ergebnis, so würde die zweite Beratung der Zollvorlage unmittelbar nach Beendigung der Steuerdebatte in Angriff genommen werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Mehrheitsparteien Maßnahmen planen, um die Aussprache über die Zollvorlage auf ein Minimum zu beschränken. Es verlautet, daß die Absicht besteht, Aussprache und Abstimmung über die Zollpositionen en bloc (!) vorzunehmen, damit eine Debatte über die einzelnen Zollgesetze vermieden wird. Natürlich würde sich die Opposition mit Recht gegen eine solche Beschränkung ihres Rechtes auf Kritik und eine solche Verneinung aller parlamentarischen Grundgesetze verwahren. Es bleibt also abzuwarten, ob die Mehrheit trotzdem sich zu einem so radikalen Schritt entschließen wird, der im Volke auf keinerlei Sympathie zu rechnen hätte, da die breite Masse der Konsumenten mit Schrecken die kommende Teuerung infolge der Agrarzölle herannahen sieht.

Gleichzeitig schweben Verhandlungen zu dem Zweck, in letzter Stunde ein Kompromiß auch noch in der Frage des Finanzausgleichs herbeizuführen, mit dem der Reichstag sich im Rahmen der Steuerberatungen vermutlich bereits heute beschäftigen wird. Noch gestern abend wurden zwischen den Landesvertretungen und der Regierung die Möglichkeiten einer Annäherung der beiderseitigen Auffassungen geprüft. Zur Debatte steht ein neuer Ausgleichsvorschlag des preußischen Finanzministers, Dr. Höpker-Aschoff. Der Inhalt ist im einzelnen noch nicht bekannt, doch nimmt man an, daß im allgemeinen die Uebergangsbestimmungen nach dem Kompromiß der Regierungsparteien beibehalten, vielleicht aber die Quoten an Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie an Umsatzsteuer für die Länder etwas erhöht werden.

Um das Zentrum ganz sicher und bedeutend fester als bisher an den Regierungswagen zu ketten, hat, nach den Berichten verschiedener Blätter, Dr. Luther dem auf dem rechten Flügel der Zentrumsfraktion stehenden Abg. v. Guerard das Ministerium für die besetzten Gebiete angeboten. Die Verhandlungen sind zur Stunde noch nicht abgeschlossen, da innerhalb der Zentrumsfraktion noch starke Bedenken gegen eine noch festere Bindung an das Reichskabinett bestehen.

Fiasko der Bureaukratie

Eine wahre Flut von Beruhigungsnachrichten strömt aus Schneidemühl über die deutsche Oeffentlichkeit. Die Lage soll „wesentlich besser" geworden sein, der Aufenthalt in den unwirtlichen Baracken „erträglicher" und die Verpflegung „reichlicher". Für den Winter sollen besondere Maßnahmen getroffen werden. Ein großer Arbeitsvermittlungsapparat ist im Gange, der den Aufenthalt der meisten Optanten im Lager selbst nach Möglichkeit abkürzen soll, und für die Kinder, unter denen infolge der jeder Beschreibung spottenden sanitären Anlagen bereits eine Masernepidemie ausgebrochen war, ohne daß man die kranken von den gesunden Kindern isolieren konnte, soll sogar eventuell ein besonderes Kinderheim — gebaut werden.

Das mag alles schön und gut sein, und wir glauben schon, daß Minister Severing, der es versucht, energisch zuzugreifen, der bisherigen Desorganisation allmählich Herr werden wird. Aber das hindert alles nicht daran, daß man den Brunnen wieder einmal zudeckt, nachdem das Kind hineingefallen ist. Alles das nimmt auch nicht ein i-Pünktchen weg von dem vernichtenden Urteil, das sich bureaukratische Schwerfälligkeit, Organisationsunfähigkeit und Ressorteifersüchtelei durch die skandalösen Vorkommnisse am Ende der vorigen Woche geschrieben hat. Der preußische Staatsapparat hat völlig versagt.

Wie bei uns der Empfang war, das hat man aus dem gestrigen Bericht eines der Optanten gesehen. Kein Willkommgruß wurde den Ausgewiesenen geboten. Keine wehende Fahne grüßte sie. Keine Bewirtung wartete ihrer. Ein paar Frachtfuhrwerke standen da, um die kläglichen Reste ihrer Habe aufzunehmen und die Kränksten und Kleinsten zu fahren, und dann gings in das Elend der Baracken von Schneidemühl. So grüßte Deutschland seine Kinder, die draußen in der Fremde für ihr Vaterland optiert hatten und um ihres Vaterlandes willen um ihre ganze Existenz gebracht worden waren.

Es wird erzählt, gewisse Bureaukraten hätten ganz besonders schlau handeln wollen und wären von dem Grundsatz ausgegangen, man dürfe den Aufenthalt im Empfangslager nicht zu angenehm gestalten, da es unter den Emigranten stets arbeitscheue Elemente gebe, denen der Aufenthalt in einem angenehmen Lager zu gut gefalle, so daß man sie dann nicht mehr los werde. Es läßt sich natürlich von hier aus nicht feststellen, ob gewisse Hirne wirklich derartiger Gedankengänge fähig gewesen sind. Die Zustände in Schneidemühl waren aber derart, als ob die preußische Staatsverwaltung wirklich einzig und allein von solchen Abschreckungsgedanken ausgegangen wäre. Jedenfalls hat man die ganze Angelegenheit nicht vom deutschen, politischen, sondern rein vom engherzigsten, kleinlichsten, fiskalischen Standpunkt aus behandelt und die Folge davon waren Elendsquartiere der schlimmsten Art.

Was haben wir uns früher ereifert über die Unterbringung unsrer deutschen Kriegsgefangenen in den Ländern der Feinde. Wir aber bringen Deutsche, die um Deutschlands willen leiden, schlimmer unter als die Verbrecher in unsern Zuchthäusern, die doch wenigstens ihr geregeltes Leben, ihr Dach über dem Kopfe haben, ihr warmes Quartier und alle sanitären Einrichtungen der Neuzeit. Und erst nachdem ein Entrüstungssturm durch ganz Deutschland tost, entschließt man sich, der Angelegenheit wirklich die Bedeutung beizumessen, die ihr von Anfang an zugekommen wäre.

Natürlich ist es bei den heutigen politischen Zuständen in Deutschland nicht zu vermeiden, daß man zunächst einmal versucht, diese Zustände parteipolitisch auszubeuten. Es kommt jetzt aber dabei wirklich nicht auf das Problem Severing oder die Frage der Großen Koalition in Preußen an. Mit parlamentarischer Couloirhetze lindert man das Elend keines einzigen der deutschen Ausgewiesenen. Mit einer politischen Krise rettet man kein einziges der Schneidemühler Kinder vor dem Tode. Es handelt sich um keine parteipolitische Frage, es handelt sich um einen krassen Fall von bureaukratischer Schwerfälligkeit und Engherzigkeit, und diese Untugenden sind auf keine Partei beschränkt.

In den ersten Meldungen aus Schneidemühl wurden die Zustände vielfach mit Geldmangel entschuldigt. Aber sieht man denn nicht das Ungeheuerliche gerade dieses Arguments? Wir begehen seit Wochen und Monaten in allen Städten und Gauen Deutschlands Feste über Feste. Noch nie wurde so viel gefeiert wie in diesem Sommer, und wenn man all die Kosten zusammen-

Das Echo des Kronprinzeninterviews in Paris

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 4. August. Das Interview, das der frühere Kronprinz Wilhelm der Sonderkorrespondentin des „Daily Expreß" gewährte, findet in Paris eine äußerst ungünstige Presse. Mit kaum verhehltem Spott und bitterer Satire wird es von allen Seiten zerpflückt und ins Lächerliche zu ziehen versucht. Besonderen Widerspruch ruft die Behauptung des Kronprinzen hervor, England und Deutschland seien natürliche Alliierte, sowie sein Wunsch, sie möchten wie in der Vergangenheit auch in Zukunft zusammen aufblühen. Man sieht im Gegenteil die Rivalität zwischen England und Deutschland in den Vordergrund und vergleicht die beiden Länder mit Rom und Karthago des Altertums. Auch seine Anspielung auf das rasche Wiederaufleben Deutschlands wird dem Kronprinzen sehr übel vermerkt. Man warnt gerade vor diesem Aufstieg und malt ihm alle Gefahren aus, denen es entgegensehe, wenn Deutschland auf diesem Wege weiter marschiere. Die ganze Campagne hat offenbar den Zweck, die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu trüben und daraus für Frankreich Kapital zu schlagen.

Verstärkte Besatzung für Trier

B. Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Tägliche Rundschau" erklärt, hat der Kommandierende General des französischen XX. Armeekorps in Bonn bei der Stadtverwaltung in Trier 116 neue Offizierswohnungen, darunter vier Villen für Generale, angefordert. Das Blatt zieht daraus den Schluß, daß die Franzosen in Trier diejenigen ihrer Truppen aus dem besetzten Gebiete unterbringen wollen, die dort frei werden, falls England nach der Räumung des Kölner Brückenkopfes einen andern Besatzungsabschnitt übernimmt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250805/1